bour Party einer der schwersten Schläge ihrer Geschichte. Eine derart gespaltene Partei dürfte kaum Chancen haben, die Macht bis zum Ende dieses Jahrzehnts zurückzugewinnen. Englands EWG-Beitritt hingegen scheint nunmehr endgültig gesichert.

Denn weder Führungs- noch Fraktionszwang werden Roy Jenkins und Genossen vermutlich künftig hindern, gegen ihre Partei für Europa einzutreten.

126 Labour-Parlamentarier hatten im November 1971 den linken Michael Foot zum Fraktionsvize wählen wollen, doch 140 Abgeordnete bevorzugten damals Jenkins. Wie viele dieser Volksvertreter fortan die Rebellen gegen die Parteiführung unterstützen werden, bleibt vorerst ungewiß. Doch Jenkins-Genossen sind sicher, schreibt die „Financial Times", „daß eine Einigung der Partei erst nach der Ablösung Harold Wilsons denkbar ist".

Einer allerdings profitierte bereits von dem Bruch bei Labour: Konservativen-Premier Heath gewann laut Umfragen in den letzten vier Wochen zehn Prozent Sympathisanten.

IRAK

Flotte im Golf

Moskau schloß ein Bündnis mit dem Irak, der an den Persischen Golf grenzt — und unter dem Golf lagern zwei Drittel der Weltvorräte an Erdöl.

Sowjet-Premier Kossygin landete südlich von Bagdad, dort, wo Bibelforscher den Garten Eden wähnen. Der Gast aus Moskau kam per Hubschrauber in die Wüste von Nord-Rumeila, um feierlich ein vom irakischen Staat verwaltetes Erdölfeld in Betrieb zu setzen.

Fast 700 Millionen Mark hat die Sowjet-Union für die Förderung der riesigen Öllager in Rumeila investiert, um sich einen verläßlichen Freund zu erkaufen — den einzigen, der ihr im Nahen Osten noch bleibt. Denn

- Libyen und der Sudan verhalten sich stramm antikommunistisch,
- Syrien ist Libyen in einer Föderation eng verbunden,
- Jordanien zieht amerikanische Hilfe vor,
- der Libanon will sich an keinen Block fest binden,
- Saudi-Arabien und die Kleinstaaten am Persischen Golf werden von reaktionär-feudalen Herrschern geführt,
- Ägypten, der bislang wichtigste Sowjet-Partner, hat moskautreue Politiker ins Gefängnis gesperrt und weigert sich, entgegen verbindlicher Zusage, Moskau autonome Luft- und Marinebasen einzuräumen; die 20 000 in Ägypten stationierten Sowjetsoldaten fühlen sich wie in einem feindlichen Land.

Mit dieser arabischen Staatenwelt, die zwar gern von Moskau Waffen annimmt, aber dem Kreml im Grunde mißtraut — ebenso wie Moskau den Arabern —, ist der Irak unter Staatschef Ahmed Hassan el-Bakr seit Jahren verfeindet. Mit dem oft arrogant vorgetragenen Führungsanspruch der irakischen Baath-Partei in ganz Arabien verärgerte Bakr alle Nachbarn.

Den Sowjets aber muß der Irak als idealer Partner erscheinen. Er hat eine wenn auch nur schmale Küste am Persischen Golf und damit direkten Zugang zum „reichsten Gebiet der Erde" („International Herald Tribune"): Unter dem Persischen Golf lagern zwei Drittel der Weltvorräte an Erdöl.

Nach dem Abzug der einstigen Schutzmacht Großbritannien zu Beginn dieses Jahres ist im Golf-Gebiet ein Machtvakuum entstanden, um dessen Ausfüllung sich die Anrainer Iran, Irak und Saudi-Arabien streiten.

Wenn die Großmacht Sowjet-Union dort Fuß faßt, könnte sie bei Bedarf die Ölversorgung Europas wie Japans gefährden.

Kossygin drohte bei seinem Besuch in Rumeila denn auch schon: „Wir werden keine Anstrengung scheuen, allen arabischen Ländern zu helfen, volle Souveränität über ihre Bodenschätze, in erster Linie das Erdöl, zu gewinnen." Dazu müßte sie freilich die bislang am Golf dominierenden euroamerikanischen und japanischen Ölgesellschaften ausschalten.

Nach der Einweihung Rumeilas flog Kossygin mit Bakr nach Bagdad zurück, um die Rechnung für die sowjetischen Investitionen zu kassieren: Die beiden Staatschefs unterzeichneten einen für 15 Jahre geltenden Freundschafts- und Kooperationsvertrag, ähnlich wie ihn der Kreml im Mai vorigen Jahres mit Ägypten geschlossen hatte.

Doch den Irakern gestanden die Sowjets mehr zu als den Ägyptern. Während sich der Vertrag von Kairo deutlich wie ein Abkommen zwischen einer großen Schutzmacht und einem abhängigen Staat liest, ist der Vertrag von Bagdad — zumindest verbal — ein Pakt zwischen Gleichberechtigten.

Den Ägyptern sagten die Sowjets lediglich die „Festigung der Verteidigungsfähigkeit der Vereinigten Arabischen Republik" zu, den Irakern schmeichelten sie, „im Interesse der Sicherheit beider Länder die Zusammenarbeit zur Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit weiterzuentwickeln". Kairo verpflichtete sich vertraglich zum „Ziel des sozialistischen Umbaus der Gesellschaft", Bagdad bekennt lediglich, daß es nötig sei, „soziale und wirtschaftliche Errungenschaften zu erhalten und auszubauen".

Zudem verspricht Moskau dem Irak, „Auseinandersetzungen über die Interpretation dieses Abkommens im Geiste der Freundschaft, des Respekts und des gegenseitigen Verständnisses" zu regeln. Ein solcher Passus fehlt im Vertrag mit Kairo.

Beim neuen Freund in Bagdad gelobte Partner Kossygin: „Feinde der arabischen Völker möchten einen Keil zwischen die Sowjet-Union und die arabischen Länder treiben. Derartige Machenschaften sind jedoch zum Scheitern verurteilt."

Der Kreml bewies sogleich, daß er seine Präsenz im Irak ernst nimmt. Als

Bagdad-Besucher Kossygin*: „Derartige Machenschaften"

* Am Grab des irakischen Unbekannten Soldaten.

Kossygin in die Wüste reiste, dampfte ein sowjetischer Flottenverband durch den Persischen Golf. Und als der Premier aus Bagdad abflog, liefen die Einheiten der Roten Flotte im irakischen Golfhafen Umm Kasr ein — zu einem fünftägigen Freundschaftsbesuch.

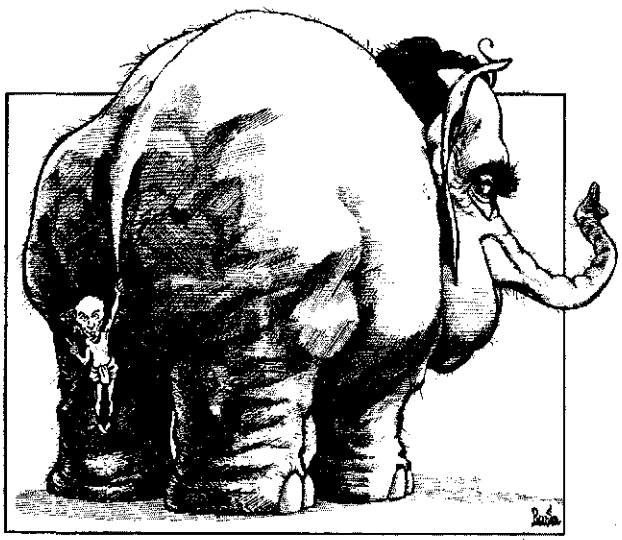
KANADA

Adler abschießen

Die Kanadier besinnen sich auf sich selbst — oder auf das, was von Kanada übriggeblieben ist: Ein großer Teil gehört den Amerikanern. Amerikas Nixon, Staatsgast in Ottawa, wurde beschimpft.

Als Richard Nixon durch Ottawa fuhr, erinnerte manches an seine Ankunft in Peking: Die Straßen der kanadischen Hauptstadt waren am vergangenen Donnerstag durch Schneeräumkommandos gesäubert worden und fast menschenleer — wie acht Wochen vorher in Peking.

Nicht kanadische Sauberkeit, sondern kanadische Sorgfalt ließ die Behörden der Hauptstadt ihre Schneewehen beseitigen: Sie fürchteten Bomben unterm Schnee. Der 37. Präsident der USA wurde im benachbarten und offiziell befreundeten Kanada unter Sicherheitsvorkehrungen empfangen, die strenger waren als beim Besuch von Sowjet-Premier Kossygin, Oktober 1971.



Vancouver Sun

Trudeau: „Mit den USA leben heißt mit einem Elefanten schlafen"

Denn im April 1972 scheinen viele Kanadier ihre langangestauten Emotionen gegen Amerika und den amerikanischen Präsidenten nicht mehr beherrschen zu können. Bislang „heimgesucht von den zentrifugalen Kräften des Separatismus" („Business Week"), besinnen sich die Kanadier auf sich selbst — oder auf das, was von Kanada übriggeblieben ist, und das ist nicht viel.

Amerikanische Geschäftsleute haben in Kanada insgesamt über 110 Milliarden Mark investiert — 30 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen der USA. Amerikaner kontrollieren:

- ▷ 95 Prozent der kanadischen Automobil-Industrie;
- ▷ 90 Prozent der Elektro-Industrie;
- ▷ 85 Prozent der Gummi-Industrie;
- ▷ 85 Prozent des Bergbaus;
- ▷ 75 Prozent der Transportunternehmen und der Erdöl-Industrie und
- ▷ 60 Prozent der chemischen Industrie.

Die USA importieren 68 Prozent der Gesamtausfuhren Kanadas und versorgen das Nachbarland zu 75 Prozent mit dem, was es vom Ausland einführt. Aus diesen Zahlen erklärt sich die Verbitterung, mit der Regierung und Öffentlichkeit in Kanada auf die Weigerung Nixons reagierten, Kanada im vergangenen Herbst von den — mittlerweile wieder abgeschafften — zehnprozentigen Einfuhrzöllen in die USA auszunehmen. Trudeau über US-Finanzminister Connally: „Wer braucht noch Feinde, wenn er Minister Connally zum Freund hat."

Über 75 Prozent aller in Kanada verkauften Zeitschriften kommen aus Amerika. Über sieben Zehntel des gesamten Fernsehprogramms werden in den Vereinigten Staaten produziert.

Niedrige Preise und eine schöne, kaum umweltverschmutzte Landschaft verlockte auch kleine US-Kapitalisten, sich „ein Stück Kanada zu kaufen" („Newsweek"). In Motorbooten mit qualmendem Auspuff sprinten sie vom amerikanischen Ufer über die Großen Seen — in die US-Fabriken ihre Abwässer fließen lassen. Allein in Ontario, Kanadas reichster Provinz, besitzen Amerikaner nach amtlichen Schätzungen bereits 40 000 der 315 000 Weekend-Grundstücke.

35 Prozent aller in Kanada angestellten Professoren sind Amerikaner. Einheimische Hochschullehrer protestieren gegen die Fremden. Henry Beissel, einer der Gründer der Professoren-Bewegung „National Canadianization Commitee": „Wir wollen den Adler, das Symbol unkanadischer Arroganz, abschießen."

110 000 amerikanische Deserteure und Wehrdienstverweigerer belasten den ohnehin schwierigen kanadischen Arbeitsmarkt: Kanada hat rund 7,5 Prozent Arbeitslose.

Die Kanadier wehren sich mit der lautesten Werbekampagne ihrer Geschichte. Sie zeigt dennoch, wie hilflos das Land gegenüber dem starken Nachbarn ist: Vor den Geschäften mahnen Aufrufe „Buy Canadian", aber in den Auslagen werden fast ausschließlich Produkte amerikanischer Firmen feilgeboten.

Doch das erst 1970 gegründete „Komitee für ein unabhängiges Kanada" hat immerhin schon 170 000 eingetragene Mitglieder. Es vereint Spitzenpolitiker aller führenden Parteien unter dem roten Ahornblatt, dem Wahrzeichen Kanadas, und organisiert den vaterländischen Widerstand.

Wenn die Regierungen der Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta Dienstwagen kaufen, boykottieren sie die amerikanischen Autokonzerne General Motors, Chrysler, Ford und American Motors. Rundfunk- und Fernsehsender wurden verpflichtet, künftig kanadischen Eigenproduktionen mehr Sendeminuten einzuräumen. Als zwei Rundfunksprecher zu einer Unterschriftenaktion gegen das unterirdische Atombombenexperiment der USA auf Amchitka aufriefen, unterschrieben 180 000 Bürger. Ihre Namen wurden in einem 800 Meter langen Telegramm an das Weiße Haus nach Washington geschickt.

Unter dem Druck der nationalistischen Stimmung und der für Oktober erwarteten Parlamentswahlen wagt es kaum noch ein Politiker, für Amerika zu sein. Premier Pierre Elliott Trudeau, dessen Popularität von 60 Prozent im Jahre 1970 auf mittlerweile 36,8 Prozent gesunken ist, hat deshalb eine „Canada Development Corporation" gegründet und mit einem Betriebskapital von etwa sieben Milliarden Mark ausgerüstet. Ausschließlicher Zweck der Gesellschaft: vom Verkauf an amerikanische Interessenten bedrohte kanadische Firmen im Besitz von Kanadiern zu halten.

Mit solchen Beträgen allerdings kann Kanada seinen amerikanischen Bauch nicht abhungern: 160 Milliarden Mark, so rechnete „Business Week" aus, würde es kosten, das „Land von den Amerikanern zurückzukaufen".

Als Amerikas John F. Kennedy 1961 vor dem kanadischen Parlament ausrief: „... Geographie machte uns zu Nachbarn, Geschichte zu Freunden. Handel machte uns zu Partnern und Notwendigkeit zu Verbündeten", wurde er von Beifall unterbrochen. Als Präsident Nixon jetzt zum kanadischen Parlament fuhr, wurde er von Studenten beschimpft.

Angestellte von Funk und Fernsehen weigerten sich, den Nixon-Besuch zu übertragen. Ihr Gewerkschaftschef Pednault: „Wir sorgen dafür, daß die kanadische Öffentlichkeit Nixons Visage nicht sehen muß."